



Statements des Trägerkreises „Hier lebe ich, hier wähle ich.“

„Wer hier lebt, gehört dazu - unabhängig vom Pass

Naima Patrizia El-Mfarej (21) hat einen italienischen Pass und darf in Freiburg leben. Ihr Vater ist aus Marokko und lebt schon seit 22 Jahren in Freiburg. Er hat kein Wahlrecht. Tochter und Vater sind überzeugt, dass demokratische Beteiligung für alle gleich sein sollte - unabhängig vom Pass.

Vor 15 Jahren haben wir uns in Freiburg entschieden, nicht mehr zu warten, sondern zu wählen. Vorerst symbolisch, aber wir sind überzeugt, dass eine demokratische Gesellschaft nicht auf die gleichberechtigte Partizipation von Millionen Bürger*innen verzichten kann und darf.

Gemeinsam mit dem bundesweiten Netzwerk „wir wählen“ und der Kampagne „Hier lebe ich, hier wähle ich“ wollen wir die politischen Integrationsbemühungen der Generation Gastarbeiter vollenden und die Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle Migrant*innen erreichen.

Die Zeit ist reif.“

*Clemens Hauser, Vorsitzender
Freiburger Wahlkreis 100% e.V.*

"Einen Teil der Bevölkerung von politischen Entscheidungen auszuschließen schwächt die Demokratie. Damit wird verhindert, dass Menschen, die hier leben, sich für die demokratischen Strukturen und Prozesse interessieren. Im Umkehrschluss ist das kommunale Wahlrecht für alle ein längst fälliges Förderprogramm für Integration und für die Demokratie. Wir fordern mehr Mut zur Demokratie!"

*Mitra Sharifi Neystanak, Vorsitzende der AGABY,
Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns*

„Mein Recht, zu wählen und gewählt zu werden, ist für mich nicht selbstverständlich. Selbstverständlich ist für mich, davon Gebrauch zu machen. Demokratie lebt von der politischen Partizipation seiner Bürger*innen und die politische Mitgestaltung sichert das demokratische Leben!

Mehr Repräsentanz von Menschen mit Migrationshintergrund im Bundestag als auch ein Wahlrecht für alle auf kommunaler Ebene sind wichtige Forderungen, die ich mir sehr wünsche. Hier liegt auch der Fokus unseres Verbands, der sich für mehr



politische Teilhabe und Mitsprache von migrantischen Bürger*innen besonders auf kommunaler Ebene einsetzt.

Ein Wahlrecht für diese Menschen würde nicht nur eine Anerkennung ihres langjährigen Engagements in unserem Land bedeuten, es würde auch das gleichberechtigte Zusammenleben in der Stadtgesellschaft voranbringen.

Die Einführung des „Wahlrechts für alle“ setzt ein Zeichen gegen den zunehmenden Rechtspopulismus und stärkt das Demokratie-Verständnis, weil das Recht auf Wahlen ein Bestandteil der „tatsächlich erlebten“ Demokratie ist.“



*Dr. Ümit Koşan
Vorstandsvorsitzender des Bundesverbands Netzwerke von
Migrantenorganisationen (NeMO) e.V.*

„Die Türksiche Gemeinde setzt sich Beginn seiner Gründung für das kommunale Wahlrecht von DrittstaatlerInnen ein. Wir sind froh Teil einer solidarischen Bewegung zu sein, die sich für das Wahlrecht für alle einsetzt.

Wahlrecht für alle bedeutet, dass Recht auf Selbstbestimmung. Das Wahlrecht für alle legitimiert und stärkt unsere Demokratie. Wahlrecht für alle bedeutet gemeinschaftliche Sinnstiftung und Verantwortung.

In Zeiten rechtspopulistischer Bewegungen brauchen wir eine starke Demokratie!
Daher Wahlrecht für all!

Hier und jetzt!“

*Gökay Sofuoğlu, Vorsitzender
Türkische Gemeinde in Deutschland*

„Mit der politischen Anerkennung der Einwanderungssituation und somit der Anerkennung von Migrant*innen als festen Bestandteil der Bevölkerung in Deutschland, muss sich zwangsläufig auch die Frage nach deren Repräsentation im politischen System stellen. Bürger*innen aus Drittstaaten sind von formaler Repräsentation in Parlamenten praktisch ausgeschlossen, gleichwohl sie in ihrer Eigenschaft als Bewohner*in eines bestimmten Gebiets und/oder als Eigentümer*in bzw. Steuerzahler*in, in jedem Fall aber als Betroffene von Entscheidungen Ansprüche auf politische Beteiligung haben.

Der Einführung eines Ausländerwahlrechts steht verfassungsrechtlich nichts im Wege. Im Gegenteil, sind doch die Prämissen höchstrichterlicher Rechtsprechung der 1990er Jahre weitestgehend erodiert, das Dogma „Volk gleich Summe deutscher Staatsangehöriger“ im Rahmen der europäischen Integration und der damit



verbundenen Einführung des Kommunalwahlrechts für Angehörige von Mitgliedsstaaten der EU bereits aufgebrochen.

Verwehrt man sich der Einführung eines Wahlrechts für Drittstaatenangehörige weiterhin, so gefährdet man nicht nur vergangene und künftige Integrationsbemühungen, sondern, angesichts der mit dem demographischen Wandel einhergehenden und stetig zunehmenden Differenz zwischen Wohn- und Wahlbevölkerung, mittelfristig auch die Legitimität eines auf Repräsentation basierenden politischen Systems.“



*Mamad Mohamad, Geschäftsführer
Landesnetzwerk Migrantenorganisationen
Sachsen-Anhalt (LAMSA) e.V.*

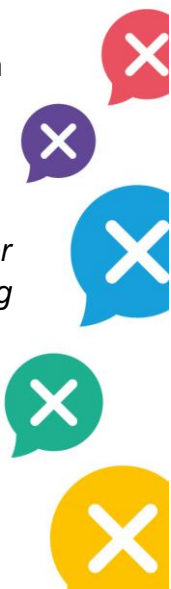
„Einwanderungsgesellschaft? Oder vielmehr multikulturelle Gesellschaft, die sich über den Boden der Verfassung definiert, die gleiche Pflichten verbinden und gleiche Rechte misst. Also, welche Gesellschaft wollen wir jetzt und in Zukunft sein? Wir wählen ja- für eine bereits überfällige Gleichstellung von allen Menschen die Stadtgesellschaft prägen. Wir wählen ja- für Fortschritt, kommunale Herausforderung in Wissenschaft, Bildung und Forschung. Wir nutzen interkulturelle Identitäten als Motor für eine Zukunft in interreligiöser und interkultureller Einheit. Hier lebe ich. Hier wähle ich jetzt und in Zukunft mit ja!“

*Patricia Okello, lokale Koordinatorin
Der Zeitgeist Shareity e.V.*

„In der Mehrheit der EU-Staaten dürfen Ausländer selbstverständlich an Wahlen teilnehmen. Deutschland, das sich gerne als Musterknabe der EU bezeichnet, schließt dagegen Menschen, die teilweise seit Jahrzehnten hier leben, sich in ihren Gemeinden engagieren, Steuern zahlen und Unternehmen gründen davon aus.

Die Humanistische Union ist daher für ein modernes Wahlrecht, das allen hier Lebenden eine Teilnahme an demokratischen Prozessen ermöglicht. Dazu gehören auch Volksentscheide, wie, in Berlin die Abstimmung zum Tempelhofer Feld, an dem die vielen türkischstämmigen Anrainer und Benutzer nicht über die künftige Nutzung des Feldes mitbestimmen durften.“

*Axel Bussmer, Landesgeschäftsführer
Humanistische Union, Landesverband Berlin-Brandenburg*



„MIR e.V. erkannte seit Jahren die Notwendigkeit der Teilhabe der Migranten an der Strukturierung der deutschen Gesellschaft. Wir sind froh gleichgesinnte Vereine und Organisationen getroffen zu haben. Gemeinsam kämpfen wir für das Wahlrecht für Alle. Ein Mensch kann nicht ein Teil der Gesellschaft werden, wenn seine Interessen durch die Gesellschaft nicht vertreten werden. Die Wahl der Vertreter der Gesellschaft, soll allen Mitgliedern der Gesellschaft ermöglicht werden.“



*Diana Sandler, Vorsitzende
MIR e.V. Migration und Integrationsrat Land Brandenburg e.V.*

„Für ein modernes Wahlrecht! Am 24. September dieses Jahres finden Bundestagswahlen statt. Millionen von Menschen, die zum Teil seit Jahrzehnten in Deutschland ihren Lebensmittelpunkt haben, die sich aktiv am sozialen und öffentlichen Leben einbringen, werden auch an dieser Wahl ausgeschlossen. Emotional sind aber diese Ausgeschlossenen fast durchweg das beherrschende Wahlkampfthema: Mal sind Sie die Ursache der steigenden Arbeitslosigkeit, mal für soziale Kürzungen, mal für Rentenkürzungen, mal für das Sinken des Bildungsniveaus. Diese Angst-, Neid- und Missgunst-Debatten sind der Grund für diskriminierende und rassistische Äußerungen und Standpunkte. Die sog. Mehrheitsgesellschaft toleriert bewusst oder unbewusst diese Ansichten. Das gesellschaftliche Klima ist rauer geworden, die gesellschaftlichen Spannungen nehmen zu. Die Reform des Staatsbürgerrechts unter der Regierung Schröder hat kaum positive Effekte erzielen können. Die Zeit ist reif, den eingeschlagenen Weg weiter zu verfolgen. Denn das was mit dem kommunalen Wahlrecht für EU-Bürger begonnen wurde, muss unbedingt fortgesetzt und auf sog. Drittstaatler ausgeweitet werden. Es ist Zeit für ein modernes Wahlrecht, es ist Zeit, das Wahlrecht an den Wohnort zu koppeln, statt an die Staatsbürgerschaft! Daher fordert und unterstützt der Kurdistan Kultur- und Hilfsverein seit seiner Gründung im Jahre 1974 ein kommunales Wahlrecht für alle!“

Kurdistan Kultur- und Hilfsverein e.V.

